



1. Oktober 1996: Das Zivildienstgesetz tritt in Kraft, in Bern werden an einer Kundgebung erste Zivildienstgesuche eingereicht. (Key)

Zivildienstler sollen in die «Friedens-Rekrutenschule»

Zivildienstleistende sollen eine längere Ausbildung erhalten und Experten in gewaltfreier Konfliktlösung werden. Dies fordert ihre Gewerkschaft.

Simone Schmid

In der Schweiz soll es eine «alternative Rekrutenschule» geben, in der junge Männer «nicht das Töten, sondern den Frieden lernen». Dies fordert die Gewerkschaft Schweizer Zivildienstleistender (GSZ).

Mit «alternativer Rekrutenschule» oder «Friedens-RS» ist gemeint, dass Zivildienstleistende wie Rekruten eine Grundausbildung erhalten. «Unser Ziel ist, dass Zivildienstleistende zu Experten in gewaltfreier Konfliktlö-

sung ausgebildet werden», sagt Nicolas Zogg von der GSZ. Alle Angehörigen des Zivildienstes sollen eine dreiwöchige Grundausbildung erhalten, in der sie lernen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Zurzeit wird das Konzept für solch eine Friedensschule erarbeitet und getestet. Auch der Bund gab für einen ersten Schritt grünes Licht: Er finanziert Ausbildungskurse in gewaltfreier Konfliktlösung. Zivildienstleistende, die mindestens 50 Tage in einem Asylzentrum oder in der Jugendarbeit eingesetzt werden, können den Kurs gratis besuchen.

Laut Samuel Werenfels, Leiter des Zivildienstes beim Bund, sollen ab 2010 800 bis 1000 Zivildienstleistende obligatorisch einen mehrtägigen Kurs in gewaltfreier Konfliktlösung besuchen; das Modul soll in die Grundausbildung

für jene Zivildienstleistenden eingebaut werden, die im Gesundheits- oder Sozialbereich eingesetzt werden.

Eine Grundausbildung für alle, wie sie die GSZ fordert, sprengt jedoch das Budget, sagt Werenfels. Geht man von 2500 Personen aus, die jährlich ausgebildet werden, und Kurskosten von 1000 Franken pro Person und Woche, würde die Friedensausbildung Mehrkosten von mindestens 2,5 Millionen Franken pro Jahr verursachen. «Für diese Ausgaben sind politische Entscheide nötig», sagt Werenfels. Die Gesellschaft müsse sich grundsätzlich fragen, wer für die Friedensausbildung zuständig sei: das Elternhaus oder der Staat? Die politische Diskussion will die GSZ mit einem Vorstoss lancieren, nachdem die ersten Pilotprojekte ausgewertet wurden.